Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 10. Oktober 1878. **Nr. 474.**

Deutscher Reichstag.

8. Plenarsitzung vom 9. Oktober.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11^1/_2$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Dr. Friedberg, von Prollius, Graf Eulenburg, und Abeken.

Die Plätze im Hause sind zahlreich besetzt; die Tribünen überfüllt.

Tagesordnung:

I. Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten für die Dauer der Session.

Abg. v. Bonin als ältestes Mitglied des Hauses beantragt die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums per Akklamation.

Abg. v. Helldorf erklärt Namens der konservativen Partei, daß sie gegen die Wahl durch Akklamation nichts einzuwenden habe, sich aber volle Freiheit der Aktion für künftige Fälle vorbehalten müsse, da die vollzogene Wahl den Stärkeverhältnissen der Parteien in keiner Weise entspricht.

Abg. Windthorst-Meppen: Ich und meine politischen Freunde werden dem Antrage ebenfalls nicht widersprechen, können dies indeß nur mit einer gewissen Reserve thun. Diese Reserve bezieht sich nicht auf die in Rede stehenden Personen, sondern darauf, daß bei der Präsidentenwahl die Stärkeverhältnisse der Fraktionen nicht gehörig beachtet worden sind. Ich bin daher sehr erfreut, zu hören, daß selbst Herr v. Helldorff dies heute einsieht (Heiterkeit). Die bei der Wahl von jener Stelle abgegebenen 33 weißen Zettel haben bewiesen, was man in dieser Richtung in Bezug auf die verschiedenen Verhältnisse zu thun im Stande ist. Wir wollen aber mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit dem Antrage v. Bonin nicht widersprechen.

Der Antrag wird hierauf einstimmig genehmigt und nimmt Präsident von Forckenbeck für sich und Namens seiner beiden Kollegen die Wahl dankend an.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Bei Eintritt in die Berathung verliest Abg. Frhr. v. Frankenstein eine vom Vorstande der Centrumspartei unterzeichnete Erklärung, in welcher die Stellung der Partei zu dem vorliegenden Gesetze klargelegt wird. Die Centrumspartei, heißt es in derselben, erkenne die Gefahren an, die Staat, Kirche und Gesellschaft von der Sozialdemokratie drohen, aber sie glaube nicht, daß diesem Uebel mit dem vorliegenden Gesetz mit Erfolg entgegengetreten werden könne. Mit demselben würden nicht nur die verwerflichen Ziele der Sozialdemokratie, sondern auch berechtigte Ziele anderer Parteien betroffen und die Rechtssicherheit der Staatsbürger in Frage gestellt. Der damit zu erreichende Erfolg sei aber zweifelhafter Art, die Erbitterung der ärmeren Volksklassen werde dadurch noch mehr gesteigert werden. Die Centrumspartei würde bereit gewesen sein, durch Erweiterung der betreffenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs eine größere Rechtssicherheit zu schaffen. Nachdem aber die Mehrheit der Kommission, übereinstimmend mit der Regierung, eine solche Grundlage für die Gesetzgebung zu suchen, abgelehnt, sei das Centrum nicht in der Lage, darauf noch weiter zurückzukommen. Zum Schluß wird hervorgehoben, daß, um dem Uebel zu steuern, man eine Verbesserung der wirthschaftlichen Verhältnisse auf allen Gebieten anstreben müsse, und daß namentlich die Verhältnisse des Arbeiterstandes einer eingehenden Reform bedürfen.

§ 1 lautet: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten."

Hierzu beantragen:

1) Die Abgg. Ackermann und Genossen: Im Absatz 2 einzuschalten hinter den Worten: „öffentlichen Frieden" die Worte: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen."

2) Die Abgg. von Schmid (Würtemberg) und Genossen: In Alinea 2 zu streichen die Worte: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise", — eventualiter: für den Fall der Aufrechthaltung dieser Worte aber nach dem Worte „Frieden" einzuschalten: (wie bei 1).

Abg. Freiherr v. Marschall (konservativ): Wir sind der Ansicht, daß, wenn es erst gelungen sein wird, die Autoritäten zu stärken, freie Bahn gemacht sein werde für weitere reformatorische Arbeiten, namentlich aber auch zur Reform des Strafgesetzbuches. Man dürfe sich nicht blos auf theoretische Arbeiten beschränken, sondern müsse praktische Vorschläge machen. Redner empfiehlt die Annahme des von der konservativen Partei eingebrachten Amendements. Der Antrag Hänel in der Kommission sei gegenwärtig nicht mehr ausreichend, er werde vielleicht später als schätzenswerthe Grundlage zur Revision des Strafgesetzbuchs benutzt werden können. (Hört!) Die Einwendungen, daß das Gesetz die unteren Klassen noch mehr erbittern werde, könne vor dessen Annahme nicht zurückschrecken. Aber es müsse und werde ein Sporn sein, für die wahrhaft humanen Bestrebungen im Interesse der ärmeren Klassen einzutreten. Das Gesetz sei noch kein Parteigesetz. Es sei unwahr, daß das Gesetz sich erweisen werde als ein „heute mir, morgen Dir:" Es gehöre eine große Dosis von Befürchtung gegen die staatsrechtlichen Autoritäten dazu, gegen dieses Gesetz zu stimmen. Die Selbsterhaltung gebiete die Annahme des Gesetzes. Wenn man aber das eingesehen und der Regierung eine Waffe geben wolle, dann müsse man ihr diese Waffe so scharf als möglich geben. Am liebsten würde der Redner die Regierungs-Vorlage in vollem Umfange wieder hergestellt sehen, begnügt sich aber zunächst mit dem Paragraphen 1 der Kommissions-Beschlüsse unter Hinzuziehung des Amendements der Konservativen.

(Reichskanzler Fürst Bismarck tritt ein.)

Abg. Sonnemann: Das Sozialistengesetz enthält eine weitgehende Beschränkung der Freiheit der Presse. Wie sich das mit dem Preßgesetz in Einklang bringen läßt, ist noch zu erweisen. Es hebt die Freiheit der Presse vollständig auf. Die zur Beaufsichtigung der Presse einzusetzende Behörde ist weiter nichts als eine Obercensurbehörde, ja noch Schlimmeres, da sie das Eigenthum vernichtet. Wer die Bewegung der Arbeiterkreise von Anfang an mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird einräumen, daß in der Presse der Arbeiterpartei viel Gehässiges und Taktloses zu Tage gefördert ist, ebenso ist es in den Versammlungen nicht immer sehr reinlich hergegangen; allein nach meinen Erfahrungen ist dies bei anderen Parteien gar nicht weniger der Fall. Ich erinnere in dieser Beziehung an die Verleumdungsära, welche uns Bamberger in einer Rede vor einigen Jahren so drastisch geschilder hat; ich erinnere an die letzten Wahlen, daran, wie man in Wahlflugblättern gegen die anderen Parteien vorgegangen ist. Gerade die Konservativen haben sich dabei hervorgethan. Auch ist kein Zweifel, daß sich mit der Organisirung der Arbeiterpartei die Presse derselben ungemein verbessert hat, nicht mehr den rohen Ton hat. (Oho!) Redner bestreitet, daß die Verhandlungen gegen Nobiling dessen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie konstatirt haben. Die Auszüge, die ein hiesiges Blatt aus den Protokollen produzirte, seien in der tendenziösesten Weise entsteüt, man habe damit den Nachweis führen wollen, daß Nobiling mit den Sozialdemokraten in Beziehungen gestanden. Was das vorliegende Gesetz im Speziellen anlange, so sei dasselbe ein durch und durch tendenziöses. Wenn der Reichstag demselben zustimme, so werde man auch die Folgen desselben sich gefallen lassen müssen. Dasselbe würde, ganz abgesehen von der Vernichtung verschiedener Existenzen, größere Nachtheile für die Gesammtheit mit sich führen, als man heute noch anzunehmen scheine. Auch wenn dasselbe auf die Dauer von nur $2^1/_2$ Jahren beschränkt werden sollte, würde es ein Unheil anrichten, das eine Generation nicht wieder gut machen könnte. Die gesammte sozialdemokratische Agitation und Presse habe nicht so sehr zum Klassenhaß aufgereizt, wie von diesem Gesetz in seinen Folgen zu erwarten sei. Ein Jeder im Hause wisse, was es heiße, der Polizei außerordentliche Befugnisse in die Hand zu geben. Die Konservativen würden besser thun, statt ihre augenblickliche Macht dazu zu benutzen, um die Polizei zu stärken, selbst Hand anzulegen, um Reformen durchzuführen. Das „Heute mir, morgen Dir!" kann auch bei den Konservativen einmal eine Rolle spielen. Daran möchte er namentlich den Abg. v. Kardorff mit seinen schutzzöllnerischen Bestrebungen erinnern. Und was die Nationalliberalen anlange, so sei diese Partei in Bezug au dieses Gesetz eine höchst interessante Erscheinung. Noch vor 4 Monaten erklärte Abg. von Bennigsen, daß seine Partei nur auf dem Boden des gemeinen Rechts die sozialdemokratischen Ausscheitungen bekämpfen wolle. Er glaube, keine Partei habe ihre ganze Existenz und ihre Vergangenheit so sehr verleugnet, als die nationalliberale Partei, wenn sie diesem Gesetze zustimmt. Redner erinnert daran, daß der Abg. Bamberger früher selbst ganz ähnliche Tendenzen verfolgt und daß er daher besser daran gethan, etwas vorsichtiger aufzutreten. Er verliest eine Stelle aus einer Rede des Abgeordneten Bamberger, die er im Jahre 1849 zur Jahresfeier der französischen Revolution in Mainz gehalten, um die Identität der Ziele dieses Abgeordneten mit der der Sozialdemokraten nachzuweisen, wird aber vom Präsidenten mit der Bemerkung, daß dies nicht zur Sache gehöre, unterbrochen. Die Haltung des Abg. Lasker erwecke in ihm das Gefühl aufrichtigen Mitleides. Redner, der sich in seinen weiteren Ausführungen größtentheils in persönlichen Angriffen gegen einzelne Mitglieder des Hauses ergeht und vom Präsidenten wiederholt auf das Ungebührliche desselben aufmerksam gemacht wird, schließt mit der Bitte, dem Gesetze die Zustimmung zu versagen.

Zu Anfang dieser Rede ist in den Saal eingetreten und ergreift nun das Wort

Reichskanzler Fürst Bismarck: Meine Herren! Bevor ich mich zu Artikel 1 der Vorlage wende, nöthigen mich einige Aeußerungen des Herrn Vorredners zu einer Widerlegung resp. Beleuchtung. Ich habe einmal den Insinuationen gegenüber, die er in Bezug auf Publikationen im Tageblatt — ich kenne das Blatt weiter nicht — vorbrachte, zu erklären, daß die verbündeten Regierungen, und zwar jede von ihnen, namentlich auch die preußische, diesen Publikationen absolut fremd ist. Ich habe das Blatt des Herrn Vorredners (Frankfurter Zeitung) ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen und gefunden, daß die Urtheile und die Haltung desselben immer genau koincidirten mit den Urtheilen und der Haltung der französischen offiziösen Presse. (Widerspruch links.) Ich erzähle Ihnen ja nur, was ich gefunden habe; Sie können ja selbst dem nachforschen, wenn Sie die französische Presse kennen. Etwas, was Sie nicht selbst erforschen können, was ich aber erfahren kann, ist, daß ich mitunter aus dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am anderen oder dritten Tage danach durch gesandtschaftliche Meldungen als Aeußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden. (Hört, hört!) Ich schreibe also dem Herrn Vorredner intime Beziehungen zur französischen Regierung zu, die der Chef eines großen Blattes ja haben kann, und die natürlich auf dem Wohlwollen beruhen, welches ihm eine Regierung, wie die französische, einflößt. Alles, was er gesagt hat, war wesentlich auf eine Schwächung des Reiches und seiner inneren Institutionen, auf Diskreditirung der an der Spitze stehenden Männer berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revanchepolitiker, dem diese Reichstags-Tribüne zugänglich wäre, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können? Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht der Art durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber ein besonderes Interesse nehme ich an seinen Reden und Druckschriften, weil ich aus ihnen entnommen habe, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt und welche Chorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich habe die französischen Auslassungen über unsere Vorlage ja auch gelesen und namentlich in den Blättern, die ein starkes Deutschland nicht wollen, dieselben Kritiken gefunden, wie in seinem Blatte. Aber auch die französischen Erscheinungen auf demselben Gebiet hat er mit besonderem Wohlwollen behandelt. Er führte uns, wenn ich nicht irre, Frankreich als mustergültig für die schonende und regelmäßige Behandlung der Gegner der Regierung an und sagte: Niemals wären in Frankreich die Sachen der Sozialisten, der Kommünards den Geschworenengerichten entzogen worden. Der Vorredner ist ja so ganz genau mit den französischen Verhältnissen vertraut und hat solches Wohlwollen für die französischen Interessen — was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein und bleiben kann — daß es ihm unmöglich entgangen sein kann, daß die Kommunards durch Kriegsgerichte flugs erschossen und zu Tausenden deportirt wurden und Frankreich sich so, wie es keine andere Nation gekonnt hätte, von dieser Krankheit einigermaßen geheilt hat. Das Ausland wünscht uns schwach, nicht aus bösem Willen, sondern vielleicht aus Sorge, daß wir übermüthig werden, und Alle, die unsere inneren Institutionen schwach wünschen, arbeiten bewußt oder unbewußt dem Auslande in die Hände. Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt, zu bemerken, daß ich keiner Bestrebung Feind bin, die in positiver Weise sich mit der Verbesserung des Looses der Arbeiter beschäftigt, also auch keinem derartigen Verein. Solche Vereine mit positiven Zwecken sind auch in Deutschland keine Neuerung. Wir finden sie schon im Anfange des 14. Jahrhunderts in den größeren deutschen Städten, von Breslau bis Kolmar, nach dem Bilde von Strikes zwischen Gesellen und Arbeitern einerseits, und Meistern andererseits. Bald unterlagen die einen, bald die anderen, immer aber waren es positive Bestrebungen, die man zu fördern suchte. Den Gedanken, sich an den Rechten Dritter zu vergreifen, das Eigenthum anzutasten, den Glauben und Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen; die Sachen gingen ruhig den Weg der rein materiellen Interessen. Selbst in den großen Exzessen des Bauernkrieges, wo die gewaltthätige und ungebildete Begehrlichkeit zum Durchbruch kam, wird in den Verträgen mit einzelnen, gar nicht gut berüchtigten Rittern niemals das Eigenthum angetastet, sondern stets nur Bruch, Schloßmauern, Auslieferung der Geschütze und dergleichen verlangt. Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag gemacht wird, wie sie vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, so würde ich mich einer wohlwollenden Prüfung nicht entziehen, ich würde selbst vor dem Gedanken der Staatshülfe für diejenigen, die sich vor Allem selbst helfen wollen, nicht zurückschrecken. Hier aber stehen wir vor der reinen Negative, vor dem Einreißen, ohne daß uns gesagt wird, was an Stelle des Daches, welches uns bisher deckte, gesetzt werden soll. Wir haben seit 11 Jahren den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich hier zu tagen. Ist Ihnen bei den langen Reden, die von jenen Herren hier gehalten sind, auch eine einzige Erinnerung, auch nur der leiseste Schatten eines positiven Gedankens über das Programm, was ihnen vorschwebte, vorgekommen, so würde ich dankbar sein, darauf aufmerksam gemacht zu werden; ich weiß nichts. Aber auch sie wissen nichts, sie haben den Stein der Weisen nicht und deshalb schweigen sie so sorgfältig. Sie gleichen darin dem verschleierten Propheten von Chorassan, der nur deshalb sein Gesicht so sorgsam verhüllte, weil seine Anhänger erschrecken müßten über den blutigen entsetzlichen Anblick. Es sei ja gar nicht schwer, fährt der Herr Reichskanzler fort, einem Menschen, der Gelesenes nicht beurtheilen kann, mit Hohn und Spott in Bildern und Wort alles Heilige als Zopf, Lüge und Unwahrheit, den Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland!" als hohle Redensart, als Schwindel darzustellen und einen verführten Menschen zuletzt dahin zu bringen, daß er mit Faust ausrufe: Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor Allem der Geduld! Solchem Menschen bleibe schließlich nur eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen übrig. (Sehr wahr! rechts.) Ich selbst lebe doch in reicher Thätigkeit, aber Alles das könnte mich doch nicht vermögen, auch nur einen Tag länger zu leben, wenn ich das „fest an Gott und bessere Zukunft glauben" verloren hätte. (Bravo! rechts.) Erst seit 1867 sind wir offiziell mit den sozialdemokratischen Vertretern bekannt geworden; damals traten Bebel, Liebknecht, Fritzsche, Mende u. s. w. ein, sie traten alle mit einer gewissen Schüchternheit auf. Der eigentliche Aufschwung, der Gedanke, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, trat erst nach 1870 ein. Bis 1870 war Frankreich das eigentliche Versuchsfeld, aber auch 1871, wo die Kommune die Gewalt in Händen hatte, hat sie kein positives Programm aufgestellt, geschweige ist ein Versuch zur Ausführung gemacht worden (Widerspruch links) — wenigstens ist mir davon nichts bekannt. Sie haben nur gemordet, mißhandelt, gebrannt, die National-Denkmäler zerstört. Nachdem sie niedergeworfen worden waren — und zwar mit einer Energie, die der Herr Vorredner zu rühmen vergaß — sahen die Leiter ein, daß dieses Versuchsfeld, daß einen harten zornigen Wächter bekommen hatte, verlassen werden mußte, sie sahen sich daher um, wo sie anderwärts den He-

bel ansetzen könnten. Daß man gerade Deutschland zum Vorort der Sozialdemokratie gemacht hat, erklärt sich leicht. Ein Land mit so gutmüthigen Richtern (Oho! im Centrum), ein Land, wo die Achtung vor den Staatsinstitutionen so gering und die Nachfolge der Regierung schon Servilismus ist, wo die Großstädte durch die fortschrittliche Agitation so gut vorbereitet waren, mußte für die sozialdemokratische Agitation sein Anziehendes haben. Dazu kommt noch die dem Deutschen eigene Neigung zur Unzufriedenheit. Ein Bäcker etablirt sich z. B., er will aber nicht etwa der reichste Bäcker im Orte werden und sich dann begnügen, er will Hausbesitzer und Millionär werden. Diese Unzufriedenheit hat ihr Gutes und Böses, sie zerstört leider die Zufriedenheit, namentlich auch in den unteren Beamtenklassen. Deshalb neigt auch ein großer Theil der Subalternbeamten zur Sozialdemokratie. Gleichzeitig mit diesen Faktoren trat bei uns ein System neuer Einrichtungen in's Leben, die Freizügigkeit mit dem Unterstützungswohnsitz rc., was dem Hauptfelde der Agitation, den Großstädten, eine meist fluktuirende Bevölkerung zuführte. Was die Leute dahintrieb, ist die Vergnügungssucht; mir hat einmal ein pommerscher Zuzügler nach Berlin gesagt, er wolle bleiben, wenn er auf seinem Dorfe Abends einen Biergarten haben und anständig angezogene Menschen sehen könnte. (Heiterkeit.) Auch das Preßgesetz hat seinen Theil der Schuld durch Aufhebung der Kautionen. Jetzt kann Jeder mit 50—100 Mk. ein Wochenblatt gründen. Bildung ist gar nicht nöthig, er braucht bloß zu drucken, was ihm auf lithographirten Briefen zugeht, und seine Abonnenten lesen bloß das eine Blatt, das eine ganze Woche ausliegt und ihm von der Reichspost unverhältnißmäßig billig vertrieben wird. Dann nehmen Sie die große Milde des Strafgesetzbuches und daß der Glaube an die Vollstreckung der ausgesprochenen Todesstrafe nicht mehr stattfinde. Das trug zur Verwilderung sehr bei, und ich bin Sr. Maj. dem Kaiser oder Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen außerordentlich dankbar, daß wir wieder einmal an einem Beispiel sehen, daß die Obrigkeit ihr Schwert nicht umsonst führt. (Lebhafter Beifall rechts.) Dann fand man in Deutschland ganz neue Verhältnisse, Mißstimmungen, an die man anknüpfen konnte, und so wird sich Niemand wundern, daß die Gefahr bei uns die thatsächliche Höhe erreicht hat. An eine Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, die sich ja wie feindliche Armeen gegenüber stehen, ist nicht zu denken, denn diese Besserstellung und die Sozialdemokratie sind zwei sich ausschließende Gegensätze, weil der Glaube an die ruhige Zukunft fehlt. Gerade dieses Vertrauen würde sich heben, wenn die Arbeiter sich von den sozialdemokratischen Agitatoren lossagen wollten. Gerade diese Agitatoren gilt es zu besiegen; man wird heute Agitator, wie man früher Zimmermann oder Schmied wurde. Gegen diese Leute gilt es Nothwehr üben und je eher, je sicherer und für andere Interessen unschädlicher werden wir sie üben können. Wer die sozialdemokratische Presse kennt, weiß, daß so oft darin Königsmord und Abschaffung der Monarchie zwischen den Zeilen zu lesen ist; natürlich nicht direkt, aber der Leser versteht die feinen Nüancen, die dem Strafrichter nicht zugänglich sind. Daß ein Monarch, der mehr als je einer gethan hat für die Wünsche seines Volkes und der eine wahrhaft populäre Person geworden ist, von Mörderhand getroffen werden konnte — das ist ein Verbrechen, an das keines hinanreicht. Diese Blitze am hellen Tage haben die Situation weithin geklärt und es ist ganz richtig, was die „National-Zeitung“ kürzlich sagte, von allen Abgeordneten — da wären nur die Sozialdemokraten ausgenommen, aber sonst weder Fortschritt noch Centrum — verlangen die Wähler, daß sie der Regierung gegen solche Bestrebungen beistehen. Kämen sie ohne ein wirksames Gesetz, so hätten sie ihre Pflicht nicht gethan. Das gilt auch wieder vom Fortschritt und er ist bei der Negation geblieben. Ich nehme hier nur Herrn Dr. Hänel aus, dem es in erfreulicher Weise gelungen ist, den Bann der Negation zu durchbrechen. Sehen wir uns nun das Gesetz an, so befindet sich die Regierung in einer sehr schwierigen Lage. Mit zwei mächtigen Parteien läßt sich die parlamentarische Maschine leicht beherrschen, aber der Reichstag hat 8 Fraktionen, die sich in Gemäßheit des bekannten Korpsgeistes, der uns Deutschen eigen ist, ziemlich fremd gegenüber stehen. Wenn nun auch einerseits Welfen, Centrum, Polen, Fortschritt eine geschlossene Armee bilden, so ist doch anderseits selbst diese Koalition, wenn sie die Mehrheit hätte, nimmermehr im Stande, eine einheitliche Regierung zu Stande zu bringen, wenn sie auch oft bei den Wahlen zusammen gegangen sind — selbst mit den Sozialdemokraten. Das Centrum und diese Gruppen haben ja überhaupt bei den Wahlen in jedem Falle den der Regierung muthmaßlich unliebsten Kandidaten unterstützt, bis auf einen Fall; das ist die Wahl in Mühlhausen, und hier sind sie auch erst dann anders verfahren, als feststand, daß auch ohne die Stimmen des Centrums der betreffende Kandidat gewählt werden würde. (Große Heiterkeit). So steht die Regierung vor der Unannehmlichkeit, daß ihr volle $^{3}/_{7}$ des Reichstages verschlossen, unzugänglich sind. Sie ist auf die Nationalliberalen und die beiden konservativen Parteien angewiesen. In jedem Lande würde nun der Umstand, daß $^{3}/_{7}$ der Landesvertretung die Basis des Ganzen negiren, zu einem um so engeren Zusammenschluß der übrigen $^{4}/_{7}$ Anlaß geben, das ist aber hier absolut nicht der Fall. Ich kann nur die Bitte an die Fraktionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, sondern lediglich dem Lande den Dienst erweisen, sich zu verständigen und daß diejenigen, die überhaupt die Weiterentwicklung auf der gegenwärtigen Basis wollen, sich einander nähern. Ich will mich hier gegen verwahren, bei der Reichstagsauflösung irgend eine Reaktion geplant zu haben; ich wollte bloß nach der veränderten Sachlage einen Austausch vermitteln zwischen Ihnen und den Wählern und Sie sollten, gestärkt durch die Berührung mit dem heimischen Boden wiederkehren. (Heiterkeit). Ich habe bestimmte Ziele, gehe aber mit dem, der für das Vaterland das Beste will, — die Fraktion ist gleichgiltig. Ihre Kommission hat nun die Vorlage nicht genügend befunden, und wir werden uns verständigen müssen. Sie wollen ja gleich uns die Gefahr bekämpfen, wenn auch nicht so wie wir. Sie schenken uns das Vertrauen nicht, eine gewisse Art von Diktatur auszüben. Vertrauen läßt sich nicht erzwingen. Vielleicht aber läßt sich solches erwerben durch loyale Ausführung des Gesetzes. Mein Bestreben soll das sein, aber dazu verlange ich ein Gesetz, in dem wir uns bewegen können ohne gewaltthätige Ausdehnung. Vertrauen Sie nicht auf eine gerechte Ausführung des Gesetzes, fürchten Sie mich oder die verbündeten Regierungen mehr als die Sozialdemokrate, so würde ich mich fragen müssen, ob es nicht Zeit sei, Jemandem Platz zu machen, der Ihr Vertrauen in höherem Grade besitzt, wie ich, oder ich müßte nach andern Mitteln suchen. Ich denke aber, daß sich aus den drei Fraktionen im Bunde mit der Regierung eine Koalition bilden wird, stark genug alle die Stürme, denen das Reich ausgesetzt ist, erfolgreich zu bekämpfen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hänel wendet sich gegen die Vorwürfe, die von dem Reichskanzler wider die Haltung der Fortschrittspartei in dieser Angelegenheit erhoben. Diese Haltung sei durchaus nicht eine rein negirende, sondern streng konsequente. Redner verweist auf seine bei der ersten Lesung gesprochenen Worte daß die Fortschrittspartei bereit sei und dazu die Regierung und die anderen Parteien einlade, auf dem Boden des gemeinen Rechtes die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Agitation zu bekämpfen. Wenn die Fortschrittsfraktion ihren in der Kommission eingebrachten Gegenentwurf im Plenum nicht wieder aufnehme, so geschehe dies lediglich zur Vermeidung des Scheines einer leeren Demonstration. Denn ein solcher Gegenentwurf müßte doch erst in eine Kommission verwiesen werden, damit er die erforderliche genaue Redaktion erhalte. In der gegenwärtigen Geschäftslage sei es unnütz, einen solchen aussichtslosen Antrag einzubringen, der keinen anderen Erfolg haben könnte, als eine allseitige Kritik hervorzurufen.

Abg. v. Schmid (Würtemberg) wünscht ein Zustandekommen des Gesetzes unter Mitwirkung der Nationalliberalen. Deshalb habe seine Partei (die Reichspartei) nicht auf die Regierungsvorlage zurückgegriffen, sondern suche Fühlung und Vermittelung nach links. Eine Ablehnung des Gesetzes wäre ein Sedan für das deutsche Reich, und das ist es, was die Sozialdemokraten wünschen.

(Während der Rede des Herrn v. Schmid betritt Fürst Bismarck den Saal, nimmt zunächst neben Herrn v. Kleist-Retzow und nach einer Weile neben Dr. Falk Platz, mit den Nachbarn sich ziemlich lebhaft unterhaltend.)

Abg. Dr. Bruel kann der Regierung das Vertrauen nicht entgegenbringen, welches dieselbe in der Vorlage beansprucht, doch sei diese Erwägung für den Redner nicht ausschlaggebend gewesen. Die Ausführungen des Reichskanzlers und Anderer seien ganz dazu angethan gewesen, durch ihre Lebhaftigkeit von nüchterner Erwägung abzuziehen, solche nüchterne Erwägung aber sei dringend nothwendig. Redner tadelt, daß man nicht einen Sozialdemokraten in die Kommission delegirt habe, welche dadurch den Charakter eines Kriegsraths erhielt. Darf aber eine Regierung, die den Kulturkampf begonnen hat, sich über Mangel an Religiosität beklagen? Können in einem Lande, wie Hannover, die Gefühle für den jetzigen Herrscher innige sein? Müssen sie nicht an diejenigen erinnern, die unter der Fremdherrschaft Napoleons I. herrschend waren? (Große Unruhe! Glocke des Präsidenten.) Hier giebt es für uns nur Umkehr, sonst gehen wir weiter auf dem Wege zur offenen Revolution. (Beifall im Centrum, Zischen rechts und links.)

Vicepräsident v. Stauffenberg: Wenn ich gehört hätte, daß der Vorredner den deutschen Kaiser und dessen Herrschaft mit Napoleon I. und dessen Fremdherrschaft verglichen hat, so würde ich das sofort als parlamentarisch unzuläßig gerügt haben.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich will nur verhüten, daß aus meinem Schweigen dem Abg. Bruel gegenüber der Schluß gezogen werde, ich hätte demselben nichts zu erwidern; ich schweige, weil ich wegen der leisen Stimme und des Accents des Redners hier nicht eine Silbe verstanden habe.

Die Vertagung der Debatte wird beschlossen.

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung des Abg. Lasker gegen den Abg. Sonnemann bemerkt Letzterer: Der Reichskanzler hat die Verdächtigung ausgesprochen, daß ich oder die von mir herausgegebene „Frankfurter Zeitung“ in Verbindung mit der französischen Regierung stehe. So lange er dies nicht durch Thatsachen beweist, wozu ich ihn hiermit ausdrücklich auffordere, muß ich seine Behauptung für eine willkürliche Erfindung bezeichnen. Wir haben im Gegentheil zwei Jahre lang die französische Politik des Reichskanzlers unterstützt. Daß die Frankfurter Zeitung gute Informationen hat, darf man ihr doch nicht zum Vorwurf machen. In keiner Weise hat sie aber Sympathien mit der Pariser Kommune geäußert.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat sich gegen Vorwürfe gerechtfertigt, die ich ihm gar nicht gemacht habe. (Oho! links.) Wir haben gewisse deutsche Sprüchwörter, wenn sich einer getroffen fühlt, die ich hier gerade nicht wiederholen will; ich selbst aber habe — wie gesagt — diese Vorwürfe, die er jetzt accentuirt hat, gar nicht erhoben (Unruhe links). Erstens habe ich dem Abg. Sonnemann durchaus keine Sympathie für die Kommune vorgeworfen, sondern ich habe eine gewisse Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er für die der Kommune gegenüberstehende französische Regierung vollkommen freiwillige, von jedem Interesse unabhängige, lediglich auf Wohlwollen beruhende (Heiterkeit rechts) Sympathien habe. Die Kommune war der Gegner der französischen Republik. Ich will mich auf die Einzelnheiten nicht einlassen und nur wiederholen, daß ich gesagt habe, ich hätte in meinem Leben französische Agenten in Deutschland gekannt, die unter dem Vorwande, einer oppositionellen Partei anzugehören, im Dienste der französischen Regierung standen, und das war im Jahre 1870. Vielleicht mag es deren auch nachher geben. Auf den Vorredner kann das ja, da er Abgeordneter ist, gar keine Anwendung finden. Wenn der Vorredner die Sache mit dem qui s'excuse, s'accuse wieder aufgenommen hat, so bedauere ich das, aber ich berufe mich auf den stenographischen Bericht, ich habe ausdrücklich gesagt: „bei dem Abgeordneten ist das nicht möglich, weil ich die feinen klugen Frankfurter für zu gescheidt halte, einen französischen Agenten zu wählen; deshalb ist es nicht möglich, daß Herr Sonnemann in diese Kategorie fällt.“ Vollständiger kann ich wohl den Verdacht nicht abwehren, als hätte ich ihn mit den gedachten Leuten verwechselt. Er hat nur durch eine sehr beneidenswerthe Geschicklichkeit seines Zeitungsredakteurs früher die Intentionen der französischen Regierung erkannt, als ich durch diplomatische Berichte darüber unterrichtet war. Den Vorwurf, gegen den der Vorredner sich vertheidigte, habe ich gar nicht gemacht. (Abg. Eugen Richter: Zur Sache!) Mich zur Sache rufen, haben Sie kein Recht; ich nehme hier das Wort kraft Erlaubniß des Präsidenten und meines verfassungsmäßigen Rechte. Ich bitte den Herrn, der mich „zur Sache“ gerufen hat, sich zu nennen, damit er seine Gründe anführt. Ich bitte den Herrn Präsidenten, mich zu schützen; ich bin nicht von der Sache abgewichen, wie der Herr Vorredner

Zur Sache erhält das Wort Abg. Sonnemann: Der Reichskanzler hat in einer Weise gesprochen, die im Hause wie im Lande den Eindruck machen muß, als ob ich ein Agent der französischen Regierung sei. In dem Bewußtsein des ehrlichen Mannes fordere ich den Reichskanzler auf, seine gegen mich geschleuderte Verdächtigung zu beweisen. Nie hat die „Frankfurter Zeitung“ und ihre Mitarbeiter oder ich selbst in Verbindung mit einer fremden Regierung gestanden. Auf meine Unabhängigkeit wird auch der mächtige Kanzler keinen Schatten werfen können.

Ein Vertagungs-Antrag wird hierauf angenommen.

Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der 2. Berathung des Sozialistengesetzes.

Deutschland.

Berlin, 9. Oktober. Unter den Ordensverleihungen, welche der „Staatsanzeiger“ gestern Abend publizirt, befinden sich auch jene des Kreuzes der Ritter des Königlichen Hausordens von Hohenzollern an den Stadtphysikus Geh. Medizinalrath und Professor Dr. Liman und an den Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Lewin, Beide zu Berlin. Es sind dies die beiden Aerzte, welche dem Kaiser nach dem fluchwürdigen Attentat vom 2. Juni d. J. die erste Hülfeleistung boten. Sanitätsrath Lewin war soeben aus dem Hotel du Nord herausgetreten, als er den Wagen, in welchem der Kaiser verwundet saß, vorüberfahren sah. Sofort eilte er dem Wagen nach und stellte sich im Kaiserlichen Palais zur Disposition. Gleich darauf erschien auch der des Weges kommende Prof. Liman in Palais, welches Sanitätsrath Lewin erst nach 24stündiger Dienstleistung verließ. — Der Zufall wollte es, daß die amtliche Thätigkeit der beiden Aerzte dieselben auch zur Behandlung des verwundeten Meuchelmörders Nobiling führte.

Provinzielles.

Stettin, 10. Oktober. Wie wir erfahren, hat Herr Direktor Barena zur Erzielung eines besseren Besuches unseres Stadttheaters die anerkennenswerthe Neuerung getroffen, daß sogenannte Abonnementbillets für das Parket zu 1 M. 25 Pf. zu kaufen sind. Obwohl diese Vergünstigung nur den Mitgliedern des „Vereins junger Kaufleute“ hierselbst zu Theil werden soll, wird dieselbe doch allgemeine Bedeutung haben, da wohl Jeder in dieser Gesellschaft Verbindungen besitzt, um sich zu dem überaus billigen Preise vorher eine Anzahl Billets besorgen zu können. Die fernere Absicht, ältere Lustspiele und bekannte Spielopern zu normalen, nicht wie früher bei jeder Oper erhöhten Preisen zur Aufführung zu bringen, wird sicher ebenfalls vom Publikum mit Freuden begrüßt werden. Die gestrige wie vorgestrige Vorstellung hatte sich schon eines hübschen Besuchs zu erfreuen und dürfte somit die Existenzfrage unserer Bühne endlich gelöst sein.

— Der Schneidermeister Carl Brose zu Pegelow hat am 11. August d. J. mit eigener Lebensgefahr eine beim Baden im Krampehlflusse verunglückte Person vom Tode durch Ertrinken gerettet. In Anerkennung dieser menschenfreundlichen Handlung ist dem p. Brose von der Königlichen Regierung eine Prämie von 20 Mark bewilligt worden.

— Nach dem preußischen Strafgesetzbuch, welches bis zur Emanation des Reichs-Strafgesetzbuchs in Kraft bestanden hat, hatte die Verurtheilung zu einer Zuchthausstrafe den dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge, und dieser Verlust zog auch die Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen werden zu können, nach sich. Diese Bestimmung ist, nach einem mit der bisherigen Rechtsprechung übereinstimmenden Erkenntniß des Obertribunals, vom 19. September d. J., durch das Inkrafttreten des Reichs-Strafgesetzbuchs, nach welchem die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe nicht ohne Weiteres den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge hat, nicht aufgehoben, jedoch durch den Allerhöchsten Gnadenerlaß vom 28. Februar 1872 dahin beschränkt worden, daß die noch unter der Herrschaft des preußischen Strafgesetzbuches zur Zuchthausstrafe verurtheilten Verbrecher nur 10 Jahre lang, nach Verbüßung der Zuchthausstrafe, die Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden, behalten sollen.

— Der Knecht Wilh. Stephan fuhr am 9. d. M. mit einer Fuhre Holz in das Haus Petrihofstraße Nr. 4, dabei blieb er auf dem Wagen sitzen, ohne sich genügend zu bücken, wodurch er so stark gegen die Einfahrt geschlagen wurde, daß er sich eine lebensgefährliche Verletzung der Wirbelsäure zuzog, welche seine sofortige Unterbringung in Bethanien erforderlich machte.

— Die bereits mehrfach wegen Diebstahls bestrafte Wittwe Scherzer kam gestern in das Geschäft eines Juweliers der Schulzenstraße, angeblich, um ein Paar Kinderohrgehänge zu kaufen. Dabei versuchte sie zwei größere Gehänge zu entwenden, wurde aber von der anwesenden Frau des Juweliers dabei abgefaßt, welche ihre Verhaftung veranlaßte.

Vermischtes.

— In der letzten Sitzung des Vereins für Gewerbefleiß, welcher der Staatsminister a. D. Dr. Delbrück präsidirte, machte Geh. Rath Professor Reuleaux einige interessante Mittheilungen über die Beförderung frischen Fleisches von Amerika nach Europa. Das Verfahren besteht in der Benutzung kühlhaltender großer Fleischkasten, welche per Dampfer verladen werden. Nachdem die ersten Versuche mißglückt und die ersten Sendungen verdorben waren, ist seit drei Jahren dies neue amerikanische Exportgeschäft in großen Schwung gekommen und die Summe des exportirten Fleisches von 1 Million Pfund auf 53 Millionen Pfund gestiegen. Das Fleisch ist Ochsenfleisch bester Qualität und wird zum Preise von $9\frac{1}{2}$ Cents (38 Pfg.) verkauft. Das Verfahren der Beförderung besteht darin, daß man das Fleisch durch dichtes Einnähen in Mousselin vor der inneren Fäulniß bewahrt und auf den Dampfern in besonders konstruirte Fleischkästen bringt, die nach den Methoden von Beat oder von Craven kalt gehalten werden. Die Kasten halten 600 Tonnen Fleisch, haben ca. 10—12 Fuß Höhe, ebensolche Breite und 24—30 Fuß Länge. Ihre Abkühlung erfolgt durch Luft, welche an Eis vorüberstreift, und auf diese Weise gelingt es, das Fleisch völlig frisch nach dem Kontinent hinüberzuführen. In England treffen fortgesetzt ganz bedeutende Ladungen derartigen Fleisches ein und es kursiren jetzt zwischen Amerika und England nicht weniger als 45 Dampfer, welche diese Transporte ausführen. Nach Deutschland ist noch keine Sendung gekommen; es wird jedoch beabsichtigt, eine der nächsten Ladungen hierher zu dirigiren.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 9. Oktober. Offiziell. General Reinländer erreichte am 7. d. M. nach mehrstündigem, aber leichtem Gefechte Peci und Pecki Gora und bewirkte am 8. d. Mts. die Entwaffnung von Peci und der in dessen Umgebung gelegenen Ortschaften. Die Verluste am 7. d. betrugen 1 Mann todt und 2 Offiziere und 6 Mann verwundet. Am 6. d. betrug der Verlust an Mannschaften 47 Todte und 184 Verwundete. General Reinländer beabsichtigt am 9. d. M. gegen Podzwiza und am 10. d. gegen Vernograc vorzurücken und hofft auch in diesen Gegenden die Ruhe in Kurzem wiederherzustellen.

Paris, 9. Oktober. Die „Agence Havas“ bezeichnet die Nachricht des „Standard“ von der bevorstehenden Entsendung einer starken französischen Flotte nach dem Mittelmeer als unbegründet. Es seien keinerlei außerordentliche Vorbereitungen bezüglich der französischen Mittelmeerflotte getroffen worden. Nur das algerische Geschwader treffe Vorbereitungen zu seiner Rückkehr nach Frankreich, da es seine Uebungen beendet hätte.

London, 9. Oktober. Das „Reutersche Büreau“ bringt aus Simla von heute folgende offizielle Telegramme: Es hat bisher noch nirgends an der Grenze ein Zusammenstoß mit den Afghanen stattgefunden, auch ist kein sofortiger Angriff auf Alimusjid beabsichtigt. Außer den aktiven militärischen Vorbereitungen ist nichts geschehen. Alle gegentheiligen Berichte von Spezialkorrespondenten der Zeitungen sind mit Vorsicht aufzunehmen.

Kopenhagen, 9. Oktober. Ein Telegramm des Gouverneurs von St. Croix vom 8. d. Mts. meldet:

Der Aufstand der Neger ist unterdrückt; die Hälfte der Stadt Frederiksted, sowie etwa 50 Plantagen sind niedergebrannt. Die Zuckerwerke sind jedoch reparirbar. 20 Plantagen und die einer Aktien-Gesellschaft gehörige Zuckersiederei sind unversehrt.

Boston, 9. Oktober. Ein aus 20 Wagen bestehender Extrazug, welcher von Silverlake zurückkehrte, ist mit einem Güterzuge zusammengestoßen. Ueber 25 Personen wurden getödtet, 150 Personen verletzt.